



Grußwort

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

**anlässlich der Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953**

**des Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-
Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen
Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen**

am 9. Juni 2013

**auf dem Vorplatz des Detlev-Rohwedder-Hauses an der Ecke Leipziger
Straße/Wilhelmstraße (zukünftig: „Platz des Volksaufstandes von
1953“)**

Wir stehen hier am historisch außergewöhnlich bedeutsamen Ort direkt vor dem Bundesministerium der Finanzen und heutigen Detlev-Rohwedder- Haus. Im Boden eingelassen sehen Sie das seit dem Jahr 2000 an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnernde Denkmal des Künstlers Wolfgang Rüppel.

Ich finde, es wichtig, dass wir auf Einladung der Landesbeauftragtenkonferenz und Bundesstiftung Aufarbeitung alle gemeinsam an diesem historischen Ort zusammen kommen und des DDR-Volksaufstands gedenken. Ich beschäftige mich seit langem intensiv mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und auch als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen ist es etwas ganz besonderes und Berührendes: Denn das heutige Bundesfinanzministerium stand beim DDR-Volksaufstand als damaliges „Haus der Ministerien“ und DDR-Regierungssitz im Zentrum des Aufbegehrens. Genau hier versammelten sich die demonstrierenden Arbeiter von den Baustellen an der Stalinallee am 16. Juni 1953, um gegen die jüngsten Normerhöhungen zu protestieren.

Die Menschen demonstrierten für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Und als Antwort rollten die Panzer.

Die Protestaktion am 16./17. Juni 1953 von insgesamt etwa 10.000 Menschen genau an dieser Stelle dauerte rund 60 Minuten – eine historische Stunde, in der sich der Charakter des Protestes wandelte:

Zu Beginn ging es den Demonstranten um die Rücknahme der Normerhöhungen.

Als sie diesen Platz hier verließen, forderten sie das Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR und freie und geheime Wahlen einer Regierung für ganz Deutschland.

Wie kam es zu diesem grandiosen Umschlagen innerhalb von nur einer Stunde?

Die Demonstranten waren tief enttäuscht, dass Walter Ulbricht und Otto Grotewohl – die zentralen Führungsspitzen des damaligen SED-Regimes – nicht persönlich mit ihnen sprechen wollten.

Sie deuteten das als Schwäche des diktatorischen Regimes. Das gab den Demonstranten Auftrieb, verlieh ihnen das Gefühl von Stärke und den Mut zu weitergehenden Forderungen. Daher riefen sie zum Generalstreik für den folgenden Tag auf, den 17. Juni 1953.

Was dann geschah, darüber haben die Zeitzeugen und meine Vorredner bereits bewegend berichtet.

Das hat uns nochmals eindrücklich vor Auge geführt, welches Glück es für uns alle Bundesbürger ist, heute in einem freien, demokratischen und prosperierenden Deutschland inmitten von Freunden leben zu dürfen, was alles andere als selbstverständlich ist.

Deshalb ist es wichtig, die Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni 1953 auch 60 Jahre danach wach zu halten. Je länger die Ereignisse zurückliegen, desto mehr drohen sie in Vergessenheit zu geraten oder zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung zu verlieren.

Ich bin sehr froh, dass seit dreizehn Jahren das Bodendenkmal täglich an den DDR-Volksaufstand erinnert. Darüber hinaus haben wir uns lange darum bemüht, die Bedeutung des Platzes an der Leipziger Straße vor unserem Haus für den DDR-Volksaufstand über das in den Boden eingelassene Kunstwerk hinaus noch klarer zu dokumentieren. Das ist zu meiner großen Freude und Genugtuung gelungen und der Platz wird künftig den würdigen Namen „Platz des Volksaufstandes von 1953“ tragen.

Bei der Erinnerung an die DDR gibt es immer wieder Stimmen, die versuchen, die SED-Diktatur zu verharmlosen.

Da wird zu weilen behauptet, es sei doch alles nicht so schlimm gewesen, schließlich hätte ja jeder Arbeit gehabt und der soziale Zusammenhalt sei auch viel besser gewesen als heute.

Eine solche Verklärung und Verharmlosung des Unrechtsregimes der SED dürfen wir nicht zulassen. Im aktuellen Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur heißt es:
„Einen Schlussstrich unter das begangene Unrecht kann und wird es nicht geben. Dies sind wir nicht nur den Opfern, sondern auch den Menschen, die die Friedliche Revolution erst möglich machten, und vor allem unseren Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schuldig.“

Deshalb müssen wir immer wieder neu daran erinnern, was es wirklich bedeutete, in der DDR leben zu müssen – vor allem für diejenigen, die sich nicht dem Regime gebeugt haben, die sich nicht ihre Meinung verbieten lassen wollten.

Wir dürfen nicht vergessen, was die Menschen wagen und erleiden mussten, die für Freiheit und Demokratie gekämpft haben. Viele haben diesen Kampf mit ihrem Leben bezahlt.

Ihr Bundeskongress und zahlreiche Veranstaltungen in den letzten beiden Tagen erinnern daran.

Sie gedenken der vielen Menschen, die vor 60 Jahren auf die Straße gingen, um gegen das Unrechtsregime der SED und für Freiheit und Gerechtigkeit zu demonstrieren.

Es ist an uns allen, diese Erinnerungen auch heute und in Zukunft wach zu halten.